

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Gerlinde Hämmerle MdB
und Gerd Wartenberg MdB
zum Bonner Umgang mit
zwei Ländern, die sich in
rasantem Tempo verän-
dern: Polen und Jugosla-
wien nicht isolieren.

Seite 1

Walter Edenhofer zur 1.
Europäischen Arbeitneh-
merkonferenz in Paris: Im
Zeichen der Solidarität.

Seite 3

Wolf-Michael Catenhusen
MdB zum geplanten „Zu-
kunftskonzept Informa-
tionstechnik“ der Bundes-
regierung: Das Prinzip gilt
der Wettbewerbsfähigkeit.
(Teil II und Schluß)

Seite 4

44. Jahrgang / 92

17. Mai 1989

Polen und Jugoslawien nicht isolieren

Zum Bonner Umgang mit zwei Ländern, die sich in rasantem Tempo verändern

Von Gerlinde Hämmerle MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Aus- und Übersiedler der SPD-
Bundestagsfraktion und

Gerd Wartenberg MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Flüchtlings-
und Asylrecht der SPD-Bundestagsfraktion

Wir müssen uns darauf einstellen, daß die Menschen kommen; innenpolitische Probleme des Asyls können nicht dadurch gelöst werden, indem man sie in andere Länder verschiebt. Das ist das Fazit einer Delegationsreise des Bundestags-Innenausschusses nach Polen und Jugoslawien.

Die rapide steigende Zahl der Aus- und Übersiedler und die Probleme der Integration in der Bundesrepublik sowie das Ansteigen der Zahlen der Asylbewerber aus Polen und Jugoslawien haben in den beiden letzten Jahren zu vielen Diskussionen in der Bundesrepublik geführt.

Den Aus- und Übersiedlern wird oft unterstellt, nur aus wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik zu kommen. Asylbewerber aus Polen und Jugoslawien werden nur zu einem minimalen Anteil anerkannt.

Bei den Gesprächen in Polen wurde deutlich, daß nicht nur wirtschaftliche Gründe für die Aussiedlung maßgeblich sind. Circa eine Million Deutsche leben noch in Polen, werden aber als Volksgruppe mit eigener Kultur und Sprache - im Gegensatz zu anderen Minderheiten - nicht anerkannt. Deutsch wird nur in der Familie gelernt oder in Sprachkursen, die aber sehr teuer sind.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
mit 100% Recycling-Papier



Gespräche mit polnischen Vertretern machten deutlich, daß unterschiedliche Auffassungen über die Definition der deutschen Volkszugehörigkeit bestehen. Die Deutschen existieren für das offizielle Polen oft nicht.

Die Stärkung der kulturellen Identität wurde sowohl von polnischen Gesprächspartnern als auch von den Vertretern der deutschen Minderheit als wichtiger Faktor dargestellt. Hindernis dafür ist für viele der große wirtschaftliche Unterschied zwischen Polen und der Bundesrepublik. Gewünscht werden zum Beispiel der verstärkte Einsatz von deutschem Kapital in Polen oder die Ansiedlung westdeutscher Firmen.

Nach den Gesprächen stellt sich die Frage, ob unsere Anerkennungskriterien für deutschstämmige Aussiedler in ihrer ursprünglichen Form heute noch Gültigkeit haben und ob nicht das Bundesvertriebenengesetz einer Überprüfung bedarf.

Keinerlei Verständnis zeigten die Gesprächspartner in Polen und Jugoslawien für die Maßnahmen der Bundesregierung gegen die steigende Zahl von Asylbewerbern aus beiden Ländern. Roter Faden in den Gesprächen war die Befürchtung, daß die Liberalisierung im Reiseverkehr, die in beiden Ländern als Folge der KSZE-Schlußakte von Helsinki verstanden wird, mit restriktiven Maßnahmen der Bundesrepublik konterkariert werden könnte: „Die Bundesrepublik reklamiert Großzügigkeit dann, wenn sie nicht selbst betroffen ist.“

50 DM Devisennachweis pro Tag für Polen (Bundesdeutsche haben in Polen einen Tagessatz von DM 36) und die geplante Visumpflicht für Jugoslawen haben nicht dazu geführt, daß die Asylanträge zurückgegangen wären. Im vergangenen Jahr sind für etwa 700.000 Polen Visa für die Bundesrepublik erteilt worden. Dies macht es nahezu unmöglich ein Einreisegesuch seriös zu prüfen. Nach Schätzungen im letzten Jahr haben aus Jugoslawien drei Millionen Einreisen in die Bundesrepublik stattgefunden. Eine Verhängung der Visumpflicht würde zu unhaltbaren Zuständen bei den Vertretungen der Bundesrepublik in Jugoslawien führen.

In beiden Ländern wurde übereinstimmend der Wunsch geäußert, das Asylverfahren abzukürzen. In beiden Ländern versicherten auch die Gesprächspartner, daß das Stellen eines Asylantrags und die Abschiebung ins Heimatland nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Unter dem Aspekt der europäischen Einigung ist es nicht hinnehmbar, daß bei größerer Freizügigkeit und Veränderungen, die in Jugoslawien - aber auch in Polen - innenpolitisch in rasantem Tempo vor sich gehen, diese Länder wieder von Westeuropa isoliert werden. Dies könne man aus grundsätzlichen politischen Erwägungen nicht zulassen.

(-/17.5.1989/rs/ks)

* * *

Im Zeichen der Solidarität

Zur 1. Europäischen Arbeitnehmerkonferenz in Paris

Von Walter Edenhofer

Bundessekretär der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD

Auf Initiative des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD und der Betriebsorganisation der Sozialistischen Partei Frankreichs (PS) treffen sich am 20. Mai in Paris mehr als 1.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Betriebsräte und Gewerkschafter aus allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft zur 1. Europäischen Arbeitnehmerkonferenz. Sie wollen ihren Forderungen an das künftige Europa Ausdruck geben und über ihre weitere Zusammenarbeit innerhalb des Bundes der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien beraten.

Für die sozialdemokratischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist das Ziel für die Wahl des Europäischen Parlaments am 18. Juni klar: Sie fordern eine koordinierte Politik des qualitativen Wachstums, der Gerechtigkeit, des sozialen Fortschritts und die Demokratisierung der Wirtschaft. Diese Forderungen müssen mit fortschreitender Zusammenarbeit und Integration der politischen Willensbildung verbunden werden. Eine bedeutende Rolle kommt dabei den Gewerkschaften zu.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden sich mit der Europäischen Gemeinschaft nur identifizieren können, wenn sich die Gemeinschaft nicht nur als Wirtschaftsgemeinschaft versteht, sondern sie sich zu einer sozialen und kulturellen Gemeinschaft weiterentwickelt. Mit Appellen und Forderungen allein ist es allerdings nicht getan. Das zu gestaltende soziale Europa braucht dazu die Kraft der Solidarität und die enge Zusammenarbeit der europäischen Arbeiterbewegung, ohne auf die unterschiedlichen Erfahrungen, Traditionen und Kulturen in den einzelnen europäischen Ländern verzichten zu wollen.

Im Gegenteil: Sie sind die Vorbedingung für eine große, vielfältige und demokratische Arbeiterbewegung in Europa.

Die 1. Europäische Arbeitnehmerkonferenz fällt in das Jahr, in dem Frankreich das 200. Jahr der Französischen Revolution von 1789 begeht. Die Frage, ob die zentrale Botschaft dieser Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ auch heute noch von Bedeutung sei, mag unter Historikern umstritten sein. Für die Millionen von Arbeitnehmern in Europa, vor allem für die 16 Millionen Arbeitslosen und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen und Nationalitäten, bleibt sie Hoffnung und Orientierung auf ein soziales, gerechteres und demokratisches Europa.

Ereignisse von der Wirkungskraft der Französischen Revolution, die zutiefst mit sozialen Interessen jener Zeit verflochten war, sind nicht beliebig abrufbar. Die Chance, bestehende Verhältnisse durch die Bündelung demokratischer und sozialer Kräfte zum Besseren zu verändern, ist jedoch geblieben. Die sozialdemokratischen und sozialistischen Arbeitnehmer in Europa sind entschlossen, diese Chance zu nutzen.

(-/17.5.1989/rs/ks)

* * *

Das Primat gilt der Wettbewerbsfähigkeit (Teil II und Schluß)

Zum geplanten „Zukunftskonzept Informationstechnik“ der Bundesregierung

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Forschung und Technologie

5. Die Bedeutung, die das BMFT den Fragen von Wirkungsforschung und Technologiefolgeabschätzung zumißt, wird allein schon in der bisherigen finanziellen und personellen Ausstattung deutlich. Addiert man die Mittel, die zwischen 1985 und 1989 für die vom BMFT finanzierten Projekte zur Wirkungsforschung für das Programm Humanisierung der Arbeit aufgewandt wurden, so ergibt sich eine bescheidene Summe von 50 Millionen DM, was einem Aufwand von zehn Millionen DM pro Jahr und einem Anteil an der Informationstechnikförderung von 1,3 Prozent entspricht. Gemessen an den Gesamtaufwendungen des BMFT liegt der Anteil im Bereich der Technikfolgeabschätzung also unter 0,1 Prozent. Darüber hinaus sind im Jahre 1988 sogar die Mittel für das Programm Humanisierung der Arbeit weiter gekürzt worden.

Im Referentenentwurf wird die Frage der Technikfolgenabschätzung und ihrer institutionellen und finanziellen Ausstattung jedoch nicht systematisch entwickelt. Hier müßten Konzeptionen entwickelt werden, wie eine enge Verzahnung von Informationstechnikförderung, Humanisierung der Arbeit, Technikfolgeabschätzung und gesellschaftlicher Gestaltungspolitik zu realisieren sind. Dies müßte sich auch in rechtlichen und institutionellen Mindestschwellen (Institut für Arbeit und Technik, TA Institution beim Deutschen Bundestag etc.) niederschlagen, um Mindestvoraussetzungen für eine erfolversprechende Gestaltungspolitik zu schaffen.

6. Auch die Problematik des Datenschutzes, das vom Bundesverfassungsgericht zugestandene Recht auf informationelle Selbstbestimmung des einzelnen, wird nur ungenügend berücksichtigt. Zwar wird „eine Stärkung der Rechte der Betroffenen“ angekündigt, ohne dies jedoch weiter zu spezifizieren. Insbesondere in der Arbeitswelt sind mit dem Einsatz der neuen Informationstechniken jedoch erhebliche datenschutzrechtliche Probleme verbunden, da jeder Benutzer Datenspuren im System hinterläßt und damit eine noch stärkere Kontrolle von Arbeit zu befürchten ist. Weitreichende Probleme stellen sich auch bei zunehmender Vernetzung und grenzüberschreitendem Datenverkehr ein. Die Einführung von flächendeckenden ISDN-Systemen etwa, einem technisch offenen Universalnetz, schafft Möglichkeiten, von jedem angeschlossenen Computer Daten an jeden anderen Ort zu senden, ohne Kontrollmöglichkeiten zu besitzen. Bei der Digitalisierung der Fernmeldevermittlungsstellen fallen Daten automatisch an und damit wird die Frage von Entsorgung dieser Datenberge relevant.

Mit dem Einstieg in die Informationsgesellschaft werden also insgesamt die datenschutzrechtlichen Probleme zunehmen. Daher sind diese Problemkomplexe mit Hilfe einer vorausschauenden Wirkungsforschung umfassend zu beantworten und Vorstellungen für eine Weiterentwicklung des bisherigen Datenschutzrechtes zu schaffen. Neben den sicherlich relevanten Fragen von Datensicherheit und Computerkriminalität müssen gerade in diesem Bereich deutlichere Akzente gesetzt werden.

7. Grundlage einer verantwortlichen Förderpraxis sind gesicherte Daten und Ergebnisse der bisherigen Förderpolitik. Erst eine umfassende Evaluation bisheriger Maßnahmen läßt eine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Forschungs- und Technologiepolitik zu. Bisher bleibt jedoch zu konstatieren, daß das BMFT noch keine solide Informationsgrundlage für das Informationstechnikkonzept zur Verfügung gestellt hat.

Von Seiten der Informationstechnikindustrie, die an den Vorarbeiten beteiligt worden ist, sind jedoch bereits bis Ende dieses Jahrhunderts Forderungen in Höhe von 50 Milliarden DM im Bereich der Informationstechniken gefordert worden. Finanzielle Entscheidungen von solchen Ausmaßen und von solcher Reichweite bedürfen jedoch einer gesicherten Informationsgrundlage. Das BMFT und das BMW sind daher aufgefordert, eine solche Grundlage für eine verantwortungsbewußte Entscheidung bereit zu stellen.

8. Grundsätzlich ist die Frage der Informationstechnik auch unter strukturpolitischen Gesichtspunkten zu diskutieren. So stellt sich etwa das Problem, ob die BRD in allen High-Tech-Bereichen vertreten sein kann oder gar muß?

Im Bereich der Halbleiterindustrie werden massive Förderungen immer mit dem Argument von technologischer Abhängigkeit von den USA und Japan, aufgrund von militärischen Sicherheitsbedürfnissen einerseits und industriepolitischen Strategien andererseits, begründet. Diese Argumente sind keineswegs überzeugend. So ist etwa das vom BMFT geförderte MEGA-Projekt von Philips und Siemens erst aufgrund des Zukaufs von technischem Know-how vom japanischen Toshiba-Konzern realisiert worden. Die Praxis des Verkaufs von Wettbewerbsvorteilen kann das Szenario der technologischen Abhängigkeit also nicht stützen. Auch die Behauptung, mit einer ausführenden Halbleiterindustrie die technologische Konkurrenzfähigkeit insgesamt zu verlieren, darf bezweifelt werden. So hält etwa die nationale Strukturberichterstattung von 1984 ausdrücklich fest, daß ein technologischer Rückstand in einem Forschungsfeld keine globalen Wettbewerbsnachteile nach sich ziehen muß. Im übrigen gilt gerade die Breite der technologischen Basis der Bundesrepublik unter industriepolitischen Gesichtspunkten als Vorteil. Zudem kann man in einer Reihe von High-Tech-Bereichen durchaus auf Spitzenpositionen verweisen (Maschinenbau, Optik, Feinmechanik, Chemie, etc.).

Vor dem Hintergrund gilt es zu überprüfen, ob Konzernstrategien, die darauf ausgerichtet sind, in allen wesentlichen High-Tech-Sektoren vertreten zu sein, mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen ist. Zumindest sollte bei Vorhaben wie dem MEGA-Projekt geprüft werden, in welchem Ausmaße sich die Hersteller an den vorhandenen Investitionsrisiken beteiligen können.

9. Die neuen Informationstechniken bieten die Möglichkeit für einen ökologischen Umbau in der Industriegesellschaft. Mit ihnen sind aber auch neue Gefährdungspotentiale verbunden. So werden etwa zur Chipherstellung 3.000 bis 4.000 Chemikalien und Gase verwendet.

Die Bundesregierung sieht zwar ausdrücklich die Möglichkeiten einer Nutzung der Informationstechniken für einen ökologischen Umbau, ohne jedoch die notwendigen Handlungsfelder, die dafür erforderlich sind, konkret zu benennen. So fehlen bisher Maßnahmen wie das vom DGB geforderte Förderprogramm Informationstechnik und Umweltschutz. Eine ökologische Grundorientierung würde eine enge Kooperation von Umwelt, Energie, Forschungs- und Technologiepolitik, sowie klare übergreifende Zielvorstellungen bezüglich eines ökologischen Umbaus erfordern. Erst die Formulierung der enormen gesellschaftlichen Herausforderungen gekoppelt mit umweltpolitischen Mindeststandards würde Innovation mit ökologischer Perspektive hervorbringen. Die Vorstellung einer technologisch induzierten Ökologisierung der Gesellschaft ist hingegen irrig.

10. Die Durchsetzung der Informationstechniken wird weitreichende sektorale und regionale Strukturveränderungen der Wirtschaft hervorrufen. Um diese Entwicklung gestalten zu können, bedarf es industriepolitischer Konzeptionen und regionaler und sektoraler Perspektiven. Modernisierungspolitik braucht also industriepolitische Leitlinien und Entwicklungsvorgaben. Dieser Zusammenhang findet in den Überlegungen der Bundesregierung bisher keinerlei Berücksichtigung. Gerade unter beschäftigungspolitisch und sozialen Gesichtspunkten gilt es hier, das Konzept zu überprüfen und um diese Fragestellung und Instrumentarien zu erweitern. Selbst von Seiten der Industrie ist inzwischen die Forderung nach langfristigen und strategischen forschungs- und industriepolitischen Konzepten laut geworden. Der AEG-Chef Dürr etwa hat aufgrund der nicht mehr zu leugnenden Defizite des Marktmechanismus eine koordinierte und konsensorientierte Industriepolitik nach dem Vorbild des japanischen Miti gefordert, um den Strukturwandel anhand von zukunftsorientierten Investitionsfeldern zu steuern. Sicherlich ist das Miti nicht generell auf die Bedürfnisse der Bundesrepublik übertragbar.

Diese Diskussion, die von Seiten der Industrie geführt wird, macht jedoch deutlich, daß der informationstechnische Wandel nicht nur von Seiten der Forschungs- und Technologiepolitik zu begleiten ist, sondern von vornherein mit industriepolitischen Konzeptionen zu verbinden ist. Dazu gilt es jedoch entsprechende Instrumentarien zu entwickeln.

Auch für Sozialdemokraten ist die Entwicklung einer intelligenten Modernisierung und Innovationsstrategie der industriellen Strukturen in der BRD notwendig. Die Prioritätensetzung heißt jedoch: Sicherstellung der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit gegenüber der wissenschaftlich technischen Entwicklung, statt vorbehaltloser Anpassung an angebliche Erfordernisse des Weltmarktes zur Erhaltung der technologischen Konkurrenzfähigkeit. Ein modernes zukunftsweisendes Konzept im Bereich der Informationstechniken heißt technologische Innovation gekoppelt mit ökologischen sozialen und demokratischen Innovationen.

(-/17.5.1989/rs/ks)